

Hamm, 18. August 2008

## **Presseerklärung**

### **Kienbaum bestätigt DRB-NRW: Besoldung der Richter und Staatsanwälte ungenügend**

Die nun vom Bundesverband des Deutschen Richterbundes der Öffentlichkeit vorgestellte Untersuchung von Kienbaum bestätigt die Auffassung des DRB-NRW, dass die Besoldung verfassungswidrig ist. Denn sie beweist, dass die Richter und Staatsanwälte von der Gehaltsentwicklung in der Privatwirtschaft und in den Großkanzleien abgekoppelt worden sind. Auf dieses Problem hat der DRB-NRW schon seit Jahren hingewiesen. Gleichwohl hat die Politik die Lage immer weiter verschärft. Allein in den letzten Jahren ist die Besoldung um 8 % hinter der Inflationsquote zurückgeblieben; die Besoldung 2008 liegt wegen der Kürzungen sogar unter der des Jahres 2004. Dagegen ist nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts den Richtern und Staatsanwälten aber eine Besoldung zu zahlen, die der Verantwortung des Amts entspricht und die sich an der allgemeinen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Lebensstandards unseres Landes ausrichtet.

Dem Gutachten von Kienbaum liegen Ermittlungen zu Gehaltsdaten von Mitarbeitern in der Privatwirtschaft und in internationalen sowie großen Rechtsanwaltskanzleien zugrunde. Demnach stieg das Gesamtentgelt im Zeitraum von 1992 bis 2007 in Anwaltskanzleien bei Seniorpartnern um 51 %, bei Juniorpartnern um 20 % und bei angestellten Rechtsanwälten um 42 %. In der Privatwirtschaft stiegen die Gesamtbezüge bei juristischen Führungskräften der oberen Ebene um 44 %, bei denen der mittleren Ebene um 31 % und bei juristischen Fachkräften ohne Führungsverantwortung um 44 %. Im selben Zeitraum stiegen die Gesamtbezüge der Richter und Staatsanwälte um nur ca. 22 %

Beispiel: Ein Richter im Eingangsamt (R1; das betrifft etwa 80% aller Richter und Staatsanwälte), 37 Jahre, ohne Kinder, verdiente im Jahr 2002 einschließlich aller Sonderzahlungen 49.131,59 € und im Jahr 2007 47.821,05 €. Ein angestellter Rechtsanwalt verdien-

te im Jahr 2002 zwischen 73.000 und 78.000 € und im Jahr 2007 zwischen 79.000 und 85.000 €. Juristische Führungskräfte der mittleren Ebene erhielten in einem Unternehmen im Jahr 2002 zwischen 82.000 und 91.000 € und im Jahr 2007 zwischen 91.000 und 101.000 €.

Die Folgen der verfehlten Besoldungspolitik sind heute schon offenkundig. Der Justiz gelingt es immer schwerer, qualifizierte Bewerber zu finden, die sich für das Amt des Richters oder Staatsanwalts entscheiden.

Der Landesvorsitzende des DRB-NRW, Jens Gnisa, hierzu:

*„Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Besoldung der Richter und Staatsanwälte sofort um 10 % zu erhöhen und damit zumindest für einen Inflationsausgleich zu sorgen. Sollte dies nicht geschehen, kann die Justiz im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht bestehen. Bereits jetzt wird der Arbeitsalltag neben Fleiß zunehmend von Frust geprägt. Leidtragender dieser Entwicklung wird dann auch der Bürger sein. Denn die Justiz wird dann in Deutschland ihre auch international anerkannte Qualität nicht halten können“*

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: VPrLG Jens Gnisa 01713426655

*Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit über 3.000 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.*